

WORTE UNSERES LANDESCHEFS

# Wir müssen unsere Demokratie verteidigen – gegen alle Extremisten!

Mitte Juli sorgte das Verbot von Compact für große Aufregung in unserem Land. Ein rechtsextrems Netzwerk, keinesfalls nur ein Presseerzeugnis, sondern eine vielfältige Kampagne, die es darauf anlegt, dass sich rechtsextrems Gedankengut wie ein Krebsgeschwür weiter in unsere Gesellschaft einbrennt und unsere Demokratie weiter geschwächt wird. Dagegen müssen wir uns wehren, aber nicht nur gegen Bestrebungen aus dieser Ecke, sondern gegen jegliche extremistischen Tendenzen. Wir müssen unsere Demokratie gegen Verfassungsfeinde aus allen Ecken verteidigen, was immer schwerer wird, da Grenzen verschwimmen, unsere Werte zur Verhandlungsmasse mutieren und diejenigen, die sie diskreditieren wollen, gar nicht so weit auseinanderliegen, wie es noch immer suggeriert wird. Die Polizei als einer der Player unserer Sicherheitsbehörden befindet sich dabei im Brennpunkt genau abzuwägen, ob die Grundrechte wie Meinungsfreiheit oder Pressefreiheit geschützt oder beschränkt werden müssen.



Foto: CandyPictur.es

**Stephan Weh**

Of müssen wir uns als Polizei den Vorwurf gefallen lassen, dass wir nur das rechte Extrem, wie beim Verbot von Compact, kontrollieren oder sogar komplett verbieten, dass wir einen Kontrolldruck nur in die rechte Szene entwickeln. Mit solchen oder ähnlichen Äußerungen versuchen die einzelnen gesellschaftlichen Extreme Sympathien oder auch Mitleid für die „eigene Sache“ zu erzeugen. Als Polizei schützen wir unsere Demokratie und unser demokratisches Zusammenleben, indem wir gegen all diejenigen ermitteln und auch gerichtlich verwertbare Tatsachen schaffen, die unsere Demokratie nutzen, um sie letztendlich abzuschaffen. Meine Kolleginnen und Kollegen haben dabei jeglichen politischen, aber auch religiösen Extremismus im Blick. Dass es gut ist, die politischen und religiösen Extreme im Blick zu haben, zeigt uns die aktuelle Durchmischung beide auf Berlins Straßen.

Schon in den letzten Jahren haben wir in der Hauptstadt immer deutlicher aufgezeigt bekommen, dass die Schirmherrschaft über Antisemitismus keinesfalls nur von der rechten Szene gepachtet ist. Wer das immer noch meinte, sollte spätestens ab dem 7. Oktober des vergangenen Jahres eines Besseren belehrt worden sein. Wir sehen nicht nur, wie Menschen, die in Deutschland leben, mitunter sogar Deutsche sind, die Hamas feiern, die Ausrottung des jüdischen Volkes fordern, sondern wir sehen auch, wie sie an Universitäten auf Verständnis in Teilen der zukünftigen geistigen Elite unseres Landes treffen. Wir sehen auch viele Versammlungslagen, bei denen im Nahostkontext verfassungsfeindliche Parolen in Neukölln gerufen werden und sich unter den Teilnehmenden zahlreiche Protagonisten der linksextrremen Szene wiederfinden. Aber was treibt die Extre-

misten an? Es ist die Verachtung unserer rechtsstaatlichen Prinzipien und Institutionen zur Wahrung unseres demokratischen Lebens, die Extremisten von rechts nach links eint und durch religiöse Ränder ergänzt wird. Menschenverachtende Parolen werden Verhandlungsmasse, das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung deckelt alles und das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit natürlich auch. Polizeiliche Maßnahmen, um diese, aber eben auch andere Grundrechte wie jenes auf körperliche Unversehrtheit zu wahren, werden per se kritisiert. Dabei steht genau das in unserem Grundgesetz, das sehr deutlich und eben keine Auslegungssache ist: „Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis FRIEDLICH und OHNE Waffen zu versammeln.“ Wenn man jemandem den Tod wünscht, ist das nicht friedlich, wenn jemand mit Stangen auf meine Kol-



### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Demokratie steht auf dem Prüfstand und muss sich mehr und mehr gegen extremistische Bestrebungen behaupten. Es ist unsere gesellschaftliche Aufgabe, menschenverachtenden Ansichten von ganz Rechts- bis ganz Linksaußen den Nährboden zu entziehen, unsere Werte gegen ihre Bestrebungen zu verteidigen und das hochzuhalten, was in der Historie hart erkämpft wurde. Dass dies immer schwieriger und mitunter auch undurchsichtiger wird, thematisieren in dieser Ausgabe sowohl unser Landeschef als auch unser Gastautor HWR-Dekan Christoph Kopke. Darüber hinaus haben wir für diese Ausgabe mit dem Mann des Geldes in der Hauptstadt gesprochen.

### Viel Spaß beim Lesen!

**Landesredakteur Benjamin Jendro**

legen einprügelt oder Kugelbomben wirft, sind das Waffen. Außerdem „kann dieses Recht durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes beschränkt werden“. So reden wir dann eben über die Bestandteile des Versammlungsfreiheitsgesetzes, das in Berlin gilt und das auch von so manchen Juristen in irgendwelchen Talksendungen ganz zart ausgeblendet wird.

Ergreifen wir auch Maßnahmen gegen Linksextremisten oder ist die Polizei, wie von einigen behauptet, auf dem linken Auge blind? Der Prozess um die Hammerbande rund um Lina E. und das ganze Drumherum geht mir dabei durch den Kopf. Wer erinnert sich noch daran? Es mag den extremen Rändern in unserem Land nicht gefallen, aber meine Kolleginnen und Kollegen sind auf keinem Auge blind und darum haben wir auch unsere Erfolge beim Schutz unserer Demokratie.

Ja, Rechtsextremismus hat in unserem Land viel mehr Todesopfer hervorgebracht, aber macht das Linksextremismus besser? Bedeutet das, dass wir unsere Kapazitäten nur gegen Rechtsextremisten richten dürfen? Bei vielen Durchsuchun-

gen in der linksextremen Szene kommt in den sozialen Medien und selbst von gewählten Demokraten immer wieder der Einwurf, wie viele Rechtsextremisten doch noch frei in unserem Land herumlaufen. Hier werden oft Äpfel mit Birnen verglichen, aber das Einzige, was sie eint, ist, dass beide auf dem Baum wachsen. Auf viele Menschen wirken aber genau diese Worte oft relativierend. Als würde man für das eine Extrem eine Art Verständnis haben.

### Gibt es etwa besseren und schlechteren oder gerechtfertigten und ungerechtfertigten Extremismus?

Ich bin der Meinung, wir müssen entschieden gegen beide, aber auch gegen religiöse Extreme vorgehen, die unser demokratisches Zusammenleben gefährden und abschaffen wollen. Unsere Demokratie lebt davon, dass sie wehrhaft ist, und zwar in alle Richtungen. Wir müssen aber auch darauf achten, dass wir andere Meinungen zulassen und Menschen nicht we-

gen ihrer Meinung verurteilen oder vorschnell in eine extreme Ecke schieben. Mir fällt immer mehr auf, dass wir keine Räume geben oder uns Zeit nehmen, uns auszutauschen. Unsere Zeit ist so schnelllebig geworden, dass es einfacher erscheint, Menschen in unserer Gesellschaft abzustempeln, sie zu isolieren und es uns so einfach zu machen. Das Einfache ist aber nicht immer gut. Wir müssen wieder lernen, uns gegenseitig zuzuhören und den Raum für den friedlichen Austausch zuzulassen. Wir dürfen Menschen nicht, weil es einfach erscheint, in eine extremistische Ecke abschieben. Wenn wir Menschen aus unserer Mitte „verbannen“, dann machen wir die politischen und religiösen Ränder stark und stärker. So ist es unsere Aufgabe als Polizei, aber auch als Gesellschaft an allen Fronten präsent zu sein, um das zu verteidigen, wofür wir Demokraten stehen, und wir sollten damit nicht erst anfangen, wenn Extremismus für jeden sichtbar ist, sondern möglichst früh und tagtäglich.

Demokratie ist kein Selbstläufer, sondern lebt durch ihre Menschen! ■

## Deine GdP in den Medien



Anzeige

## MEDIRENTA

### Wer kümmert sich, wenn ich einmal ausfalle?

MEDIRENTA übernimmt Ihre Beihilfe-, Kranken- und Pflegekostenabrechnungen.  
Als GdP-Mitglied profitieren Sie von besonderen Vorteilen.  
Sorgen Sie vor! **030 / 27 00 00**

**Beihilfe – leicht gemacht!**



[www.medirenta.de](http://www.medirenta.de)





» Stephan Weh via FAZ

Wir danken den Einsatzkräften, die deutschlandweit klarstellen, dass Terroristen in unserem Land keinen Platz haben, wir wachsam sind und behörden- und länderübergreifend gegen diese global agierenden Netzwerke vorgehen. Berlin steht als Metropole weiterhin im Fokus des internationalen Dschihadismus. Deshalb müssen wir auch noch genauer hinschauen, wo gerade junge Menschen radikalisiert werden und sollten Islamschulen und Social Media anderen Überprüfungsmechanismen und schärferen gesetzlichen Regelungen unterziehen.

Foto: CandyPottPictures

## GASTBEITRAG

# Warum die Kritik am Compact-Verbot am Kern vorbeigeht

Fast im Wochentakt ließ im Juli das Bundesministerium für Inneres und Heimat (BMI) zwei bundesweit operierende extremistische Strukturen verbieten. Die Reaktionen auf diese Verbote fielen jedoch recht unterschiedlich aus. In der deutschen Öffentlichkeit gab es kaum Kritik am Verbot des islamistischen Islamischen Zentrums und seiner Nebenorganisationen. Deren Ideologie, so Innenministerin Nancy Faeser, richte „sich gegen die Menschenwürde, gegen Frauenrechte, gegen eine unabhängige Justiz und gegen unseren demokratischen Staat“. Ironie der Geschichte: Auch islamistische Gruppen hatten zuvor noch gegen ein anderes unlängst ergangenes Verbot demonstriert, das die Öffentlichkeit weit mehr beschäftigte: das Verbot der „COMPACT-Magazin GmbH“ und der „CONSPECT FILM GmbH“.

## GdP-Fördermitglied Prof. Dr. Christoph Kopke

HWR Berlin, FB Polizei und Sicherheitsmanagement

Im Zentrum der Kritik steht die Auseinandersetzung darum, ob es sich bei dieser Verbotsmaßnahme um einen überzogenen Eingriff in die Meinungs- und Pressefreiheit oder um die wohlbegründete Stilllegung einer rechtsextremen Struktur handele. Ob das Vereinsverbot rechtlich Bestand haben wird, werden letztlich die Verwaltungsgerichte zu klären haben.

Die Reaktionen auf dieses Vereinsverbot fallen recht unterschiedlich aus. Scharfe Reaktionen aus der (nicht nur extremistischen) politischen Rechten, die sich gern als Opfer ungerechtfertigter „Verfolgung“ inszeniert, waren erwartbar. So forderte etwa die AfD-Parteispitze umgehend den Rücktritt der Bundesinnenministerin. Rechte Internetforen schäumen vor Wut über.

FDP-Vize Wolfgang Kubicki verknüpfte die Frage der politischen Zukunft der Bundesinnenministerin mit dem Ausgang des zu erwartenden juristischen Tauziehens um das COMPACT-Verbot. Und Die WELT-Journalistin Anna Schneider „fürchtete“ gar, „dass Nancy Faeser Meinungsfreiheit nicht mal buchstabieren könnte, wenn man ihr eine Waffe an den Kopf hält“.

Doch auch liberale und linke Medien berichteten überwiegend kritisch und blendeten dabei in der Regel die Frage aus, was für eine Struktur hier eigentlich von dem Verbot erfasst wurde. Es wurde mit der „COMPACT-Magazin GmbH“ und der „CONSPECT FILM GmbH“ eine

vereinsmäßige Struktur verboten, „eine Mehrheit natürlicher Personen, die sich für längere Zeit zu einem gemeinsamen Zweck freiwillig zusammengeschlossen und einer organisierten Willensbildung unterworfen haben“, deren vorderstes Ziel es war, quasi 24/7 auf den Sturz „des Systems“ hinzuarbeiten. Dies erfolgte über gezielte Netzwerkarbeit, mit verschiedenen Formaten wie Kundgebungen, Demonstrationen, Veranstaltungen und einer Vielzahl medialer und weiterer Angebote. Präzise beschreibt die Verbotsverfügung, dass „die ‚COMPACT-Magazin GmbH‘ [...] in ihren unterschiedlichen Publikationen und Produkten regelmäßig antisemitische, minderheitenfeindliche, geschichtsrevisionistische und verschwörungstheoretische Inhalte“ verbreite und „sich somit gegen die verfassungsmäßige Ordnung, § 17 Nummer 1 VereinsG“ richtet. „Dabei wird der Sturz des aktuellen politischen Systems offensiv und öffentlich als zentrale Zielvorstellung vertreten.“

Es wird hier eben gerade nicht die Meinung verboten, die BRD oder „das System“ sei abzuschaffen, sondern eine vereinsrechtlich zu erfassende Struktur, die mit ihrer Tätigkeit das demokratische Gemeinwesen bedroht und abschaffen will. Die einen, wie es in der Verbotsverfügung weiter heißt, „Brückenschlag“ zwischen „Publikationen und sichtbarem Aktivismus auf der Straße“ herstellen möchte und dabei mittels „Bündnisse(n) und Zusam-

menarbeiten mit weiteren [...] rechtsextremistischen Organisationen“ vorgeht. „Diese Vernetzung wird strategisch und konsequent betrieben. So wird der ‚COMPACT-Magazin GmbH‘ bei der Verfolgung der politischen Ziele eine taktische Kooperationsrolle innerhalb eines mehr oder weniger losen Verbundes verfassungsschutzrelevanter Bestrebungen zugewiesen.“ Auf diese nicht zu unterschätzenden Aktivitäten haben indes nur wenige Journalisten hingewiesen. In der linksliberalen Tageszeitung taz, in der ansonsten vor allem Beiträge erschienen, die das COMPACT-Verbot kritisieren oder ablehnen, bringt Andreas Speit es auf den Punkt: „Wen jetzt also allein die Sorge der Pressefreiheit umtreibt, der könnte die Gefahr des Netzwerks COMPACT, ihre Strategie und ihre Macht verkennen.“ Auch Beiträge in der FAZ gehen dezidiert auf die in der Verbotsverfügung genannten Zusammenhänge ein, so etwa Michael Hanfeld, der festhält, dass „die mit nachrichtendienstlichen Methoden gewonnenen Befunde“ darauf hindeuten, „dass ‚COMPACT‘ nicht bloß ein Publikationsorgan, sondern Teil eines Netzwerks ist, in dem sich sowohl AfD-Anhänger als auch Neonazis finden“.

Man mag von den Instrumenten der „wehrhaften Demokratie“ und ihrer Effizienz halten, was man will. In ihrer Anwendung eine totalitäre Entwicklung, ja einen Überwachungsstaat am Werk zu sehen, ist angesichts der realen Gefahren, die den Grund- und Menschenrechten bei einer rechten Machtergreifung drohen, entweder fahrlässig naiv oder politisch ignorant. ■



» Stephan Weh via Süddeutsche Zeitung

Die weltweiten IT-Probleme heute machen noch mal deutlich, warum wir das Thema Krisenresilienz viel mehr in den Fokus rücken müssen. Unsere Sicherheitsbehörden sind gerade im technischen Bereich oftmals vom reibungslosen Funktionieren einer Monopollösung abhängig und verfügen im Ernstfall über keine echte Rückfallebene. Das macht uns anfällig für Terror und Cyberangriffe. Wir brauchen ein milliardenschweres Sondervermögen für Innere Sicherheit und Bevölkerungsschutz, um auch bei den heutigen Gegebenheiten einer global vernetzten Welt jederzeit handlungsfähig zu bleiben.

INTERVIEW DES MONATS – FINANZSENATOR STEFAN EVERS

# „Natürlich machen wir uns vor dem Hintergrund der verschärften Sicherheitslage Gedanken darüber, wo der Bund sich im Bereich der Inneren Sicherheit finanziell stärker einbringen sollte“

Er ist ein Mann der Zahlen, zumindest sind genau diese sein Verantwortungsbereich. Finanzsenator Stefan Evers (CDU) ist in der aktuellen Landesregierung unter anderem dafür zuständig, aufzupassen, dass das Land Berlin nicht über seinen Durst lebt und klug investiert. Wir haben mit dem Senator, der auch für unser Personal zuständig ist, über ein paar Themen aus unseren Bereichen gesprochen und zu einigen auch interessante Antworten entlocken können.

Das Gespräch führte Landesredakteur Benjamin Jendro.

**DP: Lieber Herr Evers, muss man als Finanzsenator eigentlich gut rechnen können?**

**Evers:** Wer rechnen kann, ist jedenfalls klar im Vorteil. Mindestens so wichtig ist mir aber gesunder Menschenverstand. Ich bringe hoffentlich beides mit.

**Wie steht es um die Finanzen des Landes Berlin?**

**Evers:** Berlin hat sich in den letzten Jahren daran gewöhnt, dass auf jede Krise mit Milliarden geantwortet wurde, die wir eigentlich gar nicht hatten. Das war ja bundesweit der Fall. Ich erinnere an die gigantischen Kreditprogramme zu Coronazeiten. In der Energiepreiskrise waren es Wumms, Doppelwumms und Kanzler-Bazooka. Wie auch immer: Wir müssen jetzt die Ausgaben

auf ein Normalniveau zurückführen. Das ist eine der entscheidenden Aufgaben in dieser Legislaturperiode.

**Was sind für sie die drei wichtigsten zu finanzierenden Projekte in der Stadt?**

**Evers:** Wir alle sollten vielleicht weniger in Einzelprojekten oder politischen Leuchttürmen denken. Für mich haben die Zukunftsfähigkeit Berlins und eine funktionsfähige Stadt Priorität. Dafür müssen wir uns stärker auf die Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge fokussieren. Der Staat muss Sicherheit gewährleisten, damit die Berliner in Freiheit leben können. Wir müssen den Menschen durch bestmögliche Bildung die bestmöglichen Startchancen im Leben geben. Und natürlich müssen wir uns darum kümmern, dass ausreichend leistbarer Wohnraum zur Verfügung steht.

**Was denken Sie über den Hauptstadtfinanzierungsvertrag?**

**Evers:** Der Hauptstadtfinanzierungsvertrag regelt die finanzielle Beteiligung des Bundes an den besonderen Aufgaben, die Berlin als Bundeshauptstadt schultert. In diesem Zusammenhang spielt die Leistung unserer Polizistinnen und Polizisten eine besondere Rolle. Seit 2017 hat die Sicherheitslage sich allerdings verschärft. Der jetzige Vertrag läuft noch bis Ende 2027 – und natürlich machen wir uns vor diesem Hintergrund Gedanken darüber, wo der Bund sich im Bereich der Inneren Sicherheit finanziell stärker einbringen sollte.

**Wie wird das Land Berlin mit der BVerfG-Entscheidung zur amtsangemessenen Alimentation umgehen? Wird man es anerkennen oder Rechtsmittel einlegen?**



Benjamin Jendro via WELT

Wir danken den Kollegen, die mit akribischer Ermittlungsarbeit in den letzten eineinhalb Jahren den heutigen Schuldspruch ermöglicht haben, sodass wenigstens einige Beteiligte zur Rechenschaft gezogen werden. Es überrascht nicht, dass auch dieser spektakuläre Coup auf das Konto eines kriminellen Clans geht. Es überrascht aber auch nicht, dass zwar der Kronzeuge auspackt, die eigentlichen Protagonisten aber nicht mit Sicherheitsbehörden kooperieren, sodass nach wie vor weder der Aufenthalt der Beute noch die anderen Beteiligten ausfindig gemacht werden konnten. Für Dutzende Millionen Euro geht man auch mal ein paar Jahre in Gefängnis und gewinnt innerhalb der kriminellen Strukturen an Rücken.



Foto: Paul Schneider

gleich jeweils zum Jahresende. Wir haben uns die Zahl also nicht Pi mal Daumen ausgedacht, sondern die offizielle Zahl übernommen. Zulagen sind im Quervergleich nicht enthalten, auch die Hauptstadtzulage nicht. Was man allerdings wissen muss: Der Besoldungsabstand ist nicht gleichmäßig über die Besoldungsgruppen verteilt. In den niedrigeren Besoldungsgruppen ist er prozentual deutlich geringer als bei den Bestverdienern unter unseren Beamten. Ich habe trotzdem vorgeschlagen, dass bei einer Anpassung alle Besoldungsgruppen gleichmäßig profitieren sollen.

**Warum streichen Sie den Verheiratetenzuschlag? Dadurch machen zahlreiche Kollegen und Pensionäre Miese?**

**Evers:** Niemand wird Miese machen. Personen, denen aktuell der Familienzuschlag der Stufe 1 gewährt wird, sollen eine Ausgleichszulage erhalten. So wahren wir den Besitzstand. Aber wir sollten nicht ausblenden, dass die Gesellschaft sich weiterentwickelt hat. Die alte Regelung geht von der völlig veralteten Annahme aus, dass regelmäßig nur ein Familienmitglied arbeiten geht. Das entspricht heute glücklicherweise nicht mehr der Realität.

**Wie steht es um die versprochenen Zulagen-erhöhungen beim DuZ?**

**Evers:** Die kommt. Auch den Betrag für Dienst zu ungünstigen Zeiten werden wir an das Bundesniveau anpassen. Das war ja auch ein wichtiges Anliegen Ihrer Gewerkschaft.

**Stehen Sie zum Koa-Vertrag, die Pensionsgrenzen im Polizeivollzug und bei der Feuerwehr auf dem jetzigen Stand gesetzlich zu fixieren oder planen Sie auf absehbare Zeit doch eine Erhöhung?**

**Evers:** Die besonderen Altersgrenzen für Polizeivollzugskräfte, Justizvollzugskräfte

und für die beamteten Dienstkräfte im feuerwehrtechnischen Dienst werden mit dem vorgesehenen Gesetz nicht angepasst. Sie bleiben unverändert.

**Wenn die CDU bei der nächsten Wahl wieder in Regierungsverantwortung kommt, sehnt sich Stefan Evers dann nach einem anderen Ressort?**

**Evers:** Bis zur nächsten Wahl stehen in diesem Ressort enorme Aufgaben an, darum kümmere ich mich. Ich komme nicht wirklich dazu, mir Gedanken über die Zeit danach zu machen. ■

**Nine questions in nine seconds**

**Kaffee oder Cola?**

Cola.

**Auto oder Bahn?**

Wieso oder?

**Zeitung oder E-Paper?**

E-Paper.

**Sparen oder Investieren?**

Sparen UND Investieren.

**Anzug oder Trainingsanzug?**

Kommt auf den Anlass an.

**Bar oder Karte?**

Karte.

**Arbeit oder Urlaub?**

Alles zu seiner Zeit.

**Meer oder Berge?**

Meer.

**Grevesmühlen oder Gran Canaria?**

Jetzt musste ich erst mal Grevesmühlen googeln.

**Abschlagszahlungen oder jeden einzelnen Cent nachzahlen?**

**Evers:** Selbstverständlich wird jede Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts anerkannt und umgesetzt, das ist doch gar keine Frage. Nun sollten wir aber die Entscheidung erst einmal abwarten.

**Wie kommen Sie im aktuellen Entwurf zur Besoldungsanpassung auf 1,91 Prozent Abstand zur Bundesbesoldung (ist die Hauptstadtzulage Teil der Berechnungen, für welche Besoldungsgruppe soll der Abstand gelten)?**

**Evers:** Es gibt einen Bund-Länder-Arbeitskreis für Besoldung, der berechnet diesen Wert im sogenannten Bund-Länder-Querver-

**DP – Deutsche Polizei**  
Berlin

**Geschäftsstelle**  
Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin  
Telefon (030) 210004-0  
Telefax (030) 210004-29  
gdp-berlin@gdp-online.de  
www.gdp-berlin.de  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke

**Redaktion**  
Benjamin Jendro (V.i.S.d.P.)  
Telefon (030) 210004-13  
jendro@gdp-berlin.de

**Konten**  
Commerzbank  
IBAN: DE69 3004 0000 0634 3073 00



” Stephan Weh via Morgenpost

Die Situation ist wirklich erschreckend. Wir bekommen als GdP beinahe täglich Meldungen über desaströse Fahrzeuge, defekte Funktionen und massive Sicherheitsrisiken. Selbst bei den neuesten Funkwagen, den Vitos, gehen ständig irgendwelche Teile kaputt, was kaum verwundert, weil auch hier ordentlich gespart wurde. Wir fahren mit Karren durch die Gegend, die wir als Polizei sonst eigentlich aus dem Verkehr ziehen würden. Meine Kolleginnen und Kollegen sollen auf Berlins Straßen und Wegen für Sicherheit sorgen, momentan bringen wir sie dabei immer häufiger in große Gefahr. Wir brauchen eine Lösung, damit uns hier nicht irgendwann die Fahrzeuge unter dem Hintern wegschimmeln. Die derzeit im politischen Raum diskutierte Leasingoption scheint wenig wirtschaftlich, da wir über Fahrzeuge mit Spezialausstattung reden. Wenn keine entsprechenden Summen im Haushalt möglich sind, reden wir eben über Gelder aus einem milliardenschweren Sondervermögen Innere Sicherheit und Bevölkerungsschutz. Dass die Polizei herausfährt, wenn Menschen Hilfe benötigen, ist kein Wahlgeschenk, sondern zentrale Aufgabe des Staates.

Hier findest Du uns  
in den Social-Media-Kanälen



@gdpberlin



gdp\_berlin



@GdPHauptstadt



## Veranstaltungen

### Bezirksgruppen

#### Dir 5

**Wann:** Dienstag, 24. September, 16 Uhr.

**Wo:** Zum Hufeisen, Fritz-Reuter-Allee 48, 12359 Berlin.

### Landesfrauengruppe

**Wann:** Mittwoch, 25. September, 16 Uhr.

**Wo:** GdP-Geschäftsstelle, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin.

**Info:** bei Bedarf auch als hybride Veranstaltung.

### Seniorengruppen

#### Dir 1

**Wann:** Mittwoch, 4. September, 13 Uhr. **Wo:** Neuer Tagungsort! Dorfaue, Alt Wittenau 56, 13437 Berlin.

**Info:** Referent Herr Galbrecht, Malteser Hilfsdienst, Vortrag: Auffrischung Erste Hilfe.

**Kontakt:** Werner Faber,  
Tel.: (030) 4032839.

#### Dir 2

**Wann:** Dienstag, 3. September, 15 Uhr.

**Wo:** El Manuel, Sandstraße 37 / Ecke Meydenbauerweg, 13593 Berlin.

**Kontakt:** Regina Geisler, Tel.: 030 92124397  
oder Jürgen Gesch, Tel.: 03322 210390.

#### Dir 3 (Ost)

**Wann:** Dienstag, 17. September, 14 Uhr.

**Wo:** Stadtteilzentrum Berlin-Marzahn, Marzahner Promenade 38, 12769 Berlin.

#### Dir 4

**Wann:** Mittwoch, 11. September, 16 Uhr.

**Wo:** Adria Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin.

**Kontakt:** Peter Müller, Tel.: (030) 7967520,  
oder Erika Schink, Tel.: (030) 74771820.

#### Dir 4 Fahrradgruppe Senioren

**Wann:** Montag, 23. September, 10:30 Uhr.

**Wo:** von Marquardt nach Werder.

#### LPD/PPr/ZS

**Wann:** Dienstag, 3. September, 16 Uhr.

**Wo:** FRABEA, Afrikanische Straße 90/

Otawistraße, 13351 Berlin-Wedding.

Bahnverbindung: U-Bhf. Rehberge oder/  
und Buslinie 221 (Haltestelle Otawistraße).

**Kontakt:** Alberto Fourneaux,  
Tel.: (030) 4651559.

#### PA

**Wann:** Dienstag, 24. September, 15 Uhr.

**Wo:** Adria Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55,  
12247 Berlin (Lankwitz). Bahnverbindung:

S-Bahn Lankwitz oder Lichterfelde Ost,  
dann mit den Bussen 184 oder 284 oder ein  
kurzer Fußweg vom Bahnhof Lankwitz.

**Kontakt:** Bernd Böhme, Tel.: (030) 85719550.

### Jahreshauptversammlung mit Neuwahl des Vorstandes Seniorengruppen Dir 3 (Ost)

**Wann:** 15. Oktober um 14 Uhr

**Wo:** Stadtteilzentrum (STZ) Berlin-Marzahn,  
Marzahner Promenade 38, in 12679 Berlin.

# DIE INTELLIGENTE SOLARANLAGE

VOM REGIONALEN MEISTERBETRIEB

## IHRE VORTEILE

### ✓ GESICHERTE QUALITÄT

Als Elektro-Meisterbetrieb setzen wir auf Premium-Komponenten & strenge Standards für Montage und Installation.

### ✓ ZUVERLÄSSIGER PARTNER

Als mehrfach ausgezeichnetes Unternehmen mit Top-Bonität bieten wir lebenslange Fernwartung und hohe Garantieabwicklung.

### ✓ UMFASSENDE KUNDENSERVICE

Unser Kundenservice ist einfach erreichbar und unterstützt bei allen Anliegen rund um die Anlage.

### ✓ ZUKUNFTSSICHERES ENERGIESYSTEM

Mit unserer intelligenten Steuerung holen Sie das Beste aus Ihrer PV-Anlage heraus & senken Ihre Stromkosten.

**SIE HABEN  
FRAGEN?**

Tel.: 0921 /  
16496890

**1.000 € RABATT  
FÜR GDP-MITGLIEDER**



Jetzt PV-Anlage konfigurieren & in nur 3 Minuten Ihr individuelles Angebot erhalten!



Zertifizierter  
Fachpartner